



## Für eine soziale Wohnungspolitik!

Wohnen ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis. Doch die Situation in den hessischen Städten und Ballungsräumen ist dramatisch. Die Mieten steigen sprunghaft an, während die Einkommen der meisten Haushalte nur langsam wachsen oder sogar sinken.

Die verfehlte Wohnungspolitik in Bund und Land ist die maßgebliche Ursache für den Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Gleichzeitig stehen im ländlichen Raum viele Wohnungen leer. Fehlende Arbeitsplätze, ausgedünnter öffentlicher Personennahverkehr und mangelhafte Nahversorgung sind Gründe, dass viele Menschen vom Land in die Stadt ziehen. Durch die damit verbundene Verdichtung wachsen die Städte zu Lasten der Menschen, die in ihnen leben.

Eine verfehlte Sozial- und Strukturpolitik führt zu steigenden Miet- und Nebenkosten. Dadurch werden Menschen mit geringem Einkommen in immer schlechtere Wohngebiete verdrängt. Das will DIE LINKE stoppen.

Unser Ziel: Kein Haushalt soll mehr als 30% des Nettoeinkommens für die Warmmiete aufwenden müssen!

## Sprechen Sie mit uns, lernen Sie uns kennen:

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-3506090, Fax: 0611-3506091

E-Mail: [die-linke@ltg.hessen.de](mailto:die-linke@ltg.hessen.de)

Internet: [www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

Bildnachweis:

Seite 1: © PANORAMO - Fotolia.com

Seite 3: © Franck Boston - Fotolia.com

Seite 5: © JISIGN - Fotolia.com

# Wohnen muss bezahlbar sein!

[www.linksfraktion-hessen.de](http://www.linksfraktion-hessen.de)

**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG



## Wohnen darf kein Luxus sein

Jeder Mensch sollte in einer menschenwürdigen Wohnung zu einem angemessenen Preis wohnen können. Doch viele Haushalte zahlen 40% bis 50% ihres Monatseinkommens für Miete und Nebenkosten. Eine Ursache dieser Notsituation ist, dass es immer weniger Sozialwohnungen in Hessen gibt.

In den letzten 20 Jahren ist die Zahl von 205.000 auf 120.000 Wohneinheiten und damit fast auf die Hälfte geschrumpft. Deshalb warten 40.000 Familien vergeblich auf eine Sozialwohnung. Viele Berechtigte stellen zudem keinen Antrag, weil sie sich über ihre Berechtigung nicht im Klaren sind. So sind viele gezwungen, auf den teureren freien Wohnungsmarkt auszuweichen. Die hohe Nachfrage treibt so die Mieten der Wohnungen in die Höhe. Dennoch hat Schwarz-Gelb 2012 ein Wohnraumförderungsgesetz beschlossen, durch das die ohnehin knappen Mittel des sozialen Wohnungsbaus „vorrangig für die Schaffung von Wohneigentum“ eingesetzt werden.

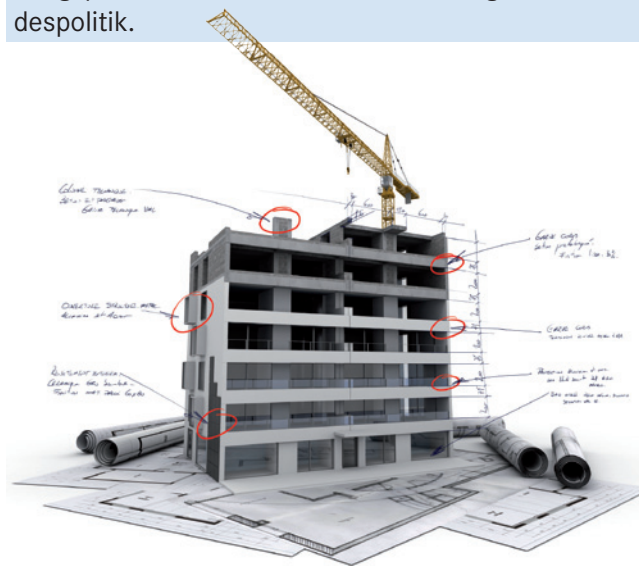
Hohe Energiekosten sind ein weiteres drückendes Problem für Mieterinnen und Mieter. Schuld daran ist nicht die Energiewende, sondern die Bundesregierung. Sie nimmt große Unternehmen von den Kosten der Energiewende aus und wälzt diese Kosten auf die privaten Verbraucher ab.

Auch bei energetischen Sanierungen werden die Mieterinnen und Mieter kräftig zur Kasse gebeten. Sie zahlen innerhalb weniger Jahre über die erhöhte Miete die kompletten Kosten – und danach kann der Vermieter weiter den Sanierungszuschlag abkassieren.

## Umkehr beim sozialen Wohnungsbau in Hessen

Wir brauchen dringend mehr Geld, um neue Sozialwohnungen zu bauen. DIE LINKE hat hierzu entsprechende Anträge im Landtag vorgelegt. Wir wollen, dass jährlich mindestens 4.000 neue geförderte Wohneinheiten gebaut werden. Wir fordern zudem den Bau von jährlich 2.000 Wohnungen für Studierende.

Soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht der Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarkts überlassen werden. Deshalb ist Wohnungspolitik für DIE LINKE eine Kernaufgabe der Landespolitik.



Wir wollen die vorhandenen Mittel auf diejenigen konzentrieren, die sie dringend benötigen. Dazu sind deutliche soziale Korrekturen am Wohnraumförderungsgesetz notwendig. Insbesondere muss der Vorrang für Wohneigentum vor Mietwohnungen aufgehoben werden.

## Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften erhalten und ausbauen

Viele Kommunen haben ihre eigenen Wohnungsbaugesellschaften veräußert, um ihre klammen Finanzen zu sanieren. Die Folgen für die Mieterinnen und Mieter waren stets Verunsicherung und Mieterhöhungen bis hin zur Verdrängung aus ihren Wohnungen.

Durch den breiten Protest von Mietern und Gewerkschaften, wurde die hessische Landesregierung gezwungen, auf den Verkauf der landeseigenen Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt zu verzichten. Daran war DIE LINKE maßgeblich beteiligt. Wir werden auch in Zukunft Mieterinitiativen nach Kräften unterstützen. Au-

Berdem wollen wir Mieterbeiräte in öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften stärken.

Die landeseigenen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften dürfen ihre Arbeit nicht darauf ausrichten, möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Vielmehr müssen sie ihren sozialen Aufgaben gerecht werden, indem sie

- nach dem Auslaufen von Förderungsmitteln auf die gesetzlich möglichen Mieterhöhungen verzichten und mindestens 15% unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleiben,
- bei Neuvermietungen keine Mieterhöhungen vornehmen,
- sozial gestaffelte Mieten für Geringverdiener, Familien mit Kindern und Rentnern mit kleinem Einkommen einführen.

## Wohnkosten für alle senken

Um die Nebenkosten unter Kontrolle zu bekommen, fordern wir

- von öffentlichen Vermietern die Begrenzung der verbrauchsunabhängigen Nebenkosten durch die Vereinbarung von Teilinklusionmieten,
- von kommunalen Versorgungsbetrieben für Strom, Gas oder Wasser die Einführung von Tarifen, die die unteren Einkommen entlasten,
- die jährliche Anpassung des Betrags für Energiekosten im Hartz IV-Satz an die Kostensteigerungen.

Um den Anstieg von Warmmieten infolge energetischer Sanierungen zu verhindern, fordern wir

- gesetzliche Regeln zur sozialen Begleitung von Gebäudesanierungen,
- die Abschaffung der vollständigen Umlage solcher Investitionen auf die Mieterinnen und Mieter – entweder durch die Integration des energetischen Zustands in den Mietspiegel oder durch eine deutliche Senkung des umzulegenden Kostenanteils.

Der Leerstand von Wohnungen zu Spekulationszwecken und ihre Umwandlung in Gewerberäume muss in Ballungszentren unterbunden werden.